



## Pressemitteilung

Landesvertretung  
Niedersachsen

**Presse: Simon Kopelke**

Verband der Ersatzkassen e. V.

Schillerstraße 32

30159 Hannover

Tel.: 05 11 / 3 03 97 – 50

Fax: 05 11 / 3 03 97 – 99

Simon.Kopelke@vdek.com

www.vdek.com

X@vdek\_NDS

15. Mai 2024

### **Parlamentarischer Abend der vdek–Landesvertretung in Hannover „Krankenhausreform droht Kernziele zu verfehlen“**

**Hannover.** Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) in Niedersachsen warnt davor, dass die Krankenhausreform des Bundes ihre Kernziele verfehlt.

„Nach jetzigem Stand wird die Versorgung für Versicherte und Arbeitgeber massiv verteuert. Ob auf der anderen Seite die dringend notwendigen und versprochenen Strukturveränderungen tatsächlich kommen, ist hingegen mehr als fraglich. Hierfür müssten die Qualitätsanforderungen an Krankenhausleistungen deutlich verbindlicher gestaltet werden“, sagte vdek–Landesleiter Hanno Kummer heute als Gastgeber des Parlamentarischen Abends vor Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags und Gesundheitsminister Philippi. Hintergrund ist der Beschluss des Reformgesetzes heute (Mittwoch) durch das Bundeskabinett.

Die derzeitigen Krankenhausstrukturen mit vielen kleinen Standorten und Abteilungen bezeichnete Kummer als weder zeitgemäß noch zukunftsfest. „Jedes dritte Krankenhausbett steht leer, weil das erforderliche Personal fehlt.“ Notwendig sei daher eine Konzentration der Leistungen auf weniger und dafür stärkere Klinik–Standorte. Das hätte positive Auswirkungen auf die Behandlungsqualität. „Entscheidend für den Erfolg einer Behandlung ist, dass die Behandlung von Anfang an im richtigen Krankenhaus stattfindet, also in dem Krankenhaus, das für den jeweiligen Fall personell und apparativ adäquat ausgestattet ist“, so Kummer.

Ordnungspolitisch bedenklich und nach einem aktuellen Gutachten verfassungswidrig sei die Festlegung, den geplanten Transformationsfonds im Umfang von 25 Milliarden Euro durch Sozialversicherungsbeiträge finanzieren zu lassen. Die für eine Umgestaltung erforderlichen Baumaßnahmen gehörten zur öffentlichen Daseinsvorsorge.